

Unzureichende Vorschläge der EU-Kommission zur künftigen EU-Meerespolitik

Grünbuch zur Meerespolitik und Europäische Meeresschutzstrategie: Die EU blickt aufs Meer und erkennt dringenden Handlungsbedarf. Ihre Vorschläge bleiben jedoch zu oft hinter der eindringlichen Problemanalyse zurück.

Von **Rainer Steenblock**

Grünbuch zur Meerespolitik

„Kann Europa es sich leisten, seine Meere und Ozeane sektorspezifisch und mit Hilfe unkoordinierter Einzelmaßnahmen zu verwalten?“, fragt die EU-Kommission - und lässt mit ihrem im Juni vorgelegten

trieentwicklung, Tourismus, Energie, Fischerei, Forschung - „nachhaltig“ unter einen Hut zu bringen. Dabei geht es der EU um Wachstum und Beschäftigung, auch um Ressourcenerhaltung - nicht vorrangig um Umweltschutz. Ökologisch geschützt werden soll, was sich auch ökonomisch rechnet.



„Grünbuch Meerespolitik“ keinen Zweifel an der Notwendigkeit einer „ganzheitlichen Sicht“ auf das Meer. Ziel ist es, alle Nutzungsinteressen - Seeverkehr, Indus-

Europäische Meeresschutzstrategie

Was aber ist zu tun gegen Überfischung, Lärmbelastung, Verschmutzung und gegen den Verlust der Biodiversität?

Auch auf diese Fragen müssen Antworten gefunden werden. Europa kann es sich nicht leisten, nur im Kontext wirtschaftlicher Nutzung dem Umweltschutz eine Funktion einzuräumen. Ein integriertes Meeresschutzkonzept ist deshalb dringend notwendig. Dazu soll das „Wirtschaftskonzept Grünbuch“ durch eine Umweltsäule ergänzt werden. Denn die Meeresumwelt ist einem erheblichen Druck durch die wirtschaftliche Nutzung des Meeres ausgesetzt. Dem gegenüber steht die große Bedeutung des Meeres für das Klima, für den langfristigen wirtschaftlichen Wohlstand sowie für die Lebensqualität in Europa. Die Vorschläge der Kommission werden dieser Bedeutung allerdings nicht gerecht. Zentrale Schwächen sind z. B.: der sehr wenig ambitionierte Zeitplan oder dass Ausgestaltung sowie Umsetzung ausschließlich in Händen der Mitgliedstaaten liegen sollen. In einem Fachgespräch wollen wir diese Schwächen prüfen und ambitionierte Vorschläge erarbeiten. ●



Rainer Steenblock,
europapolitischer Sprecher
Bündnis 90/Die Grünen

Fachgespräch: EU-Meeresstrategie

Grüne Vorschläge für einen ambitionierten Meeresschutz

23. Oktober in Berlin

Weitere Informationen:
www.rainder-steenblock.de



Besonders ExistenzgründerInnen und FreiberuflerInnen werden von der GEZ-Gebühr auf Computer betroffen sein

Für eine einheitliche Mediengebühr

Von **Grietje Bettin**

Schon im Juni hatten wir über die PC-Gebühr berichtet: Ab dem 1. Januar 2007 muss nach dem Rundfunkgebührenstaatsvertrag der Länder auch für Computer mit Internetzugang Rundfunkgebühr bezahlt werden.



Grietje Bettin,
medienpolitische Sprecherin
Bündnis 90/Die Grünen

Ob die Gebühr so hoch sein wird wie die bisherige Fernsehgebühr oder ob lediglich die Höhe der derzeitigen Radiogebühr fällig wird - darüber streiten die Sender und Ministerpräsidenten derzeit noch. Völlig unklar ist auch, wie hoch die zusätzlichen Einnahmen der GEZ sein werden.

Es kursieren Zahlen zwischen zwei Millionen und rund 300 Mio Euro Mehreinnahmen im ersten Jahr. Die ganze Debatte hinterlässt den Eindruck eines großen Durcheinanders.

Die Bundesländer machen sich trotz Kritik für die PC-Gebühr stark. Weder der Chef der Rundfunkkommission noch die Landesregierungen sehen Änderungsbedarf. Wir hingegen haben uns deutlich gegen diese Gebühr ausgesprochen und die Ministerpräsidenten dazu aufgefordert, die PC-Gebühr zu stoppen. Dazu ist es bisher nicht gekommen. Inzwischen hat die Vereinigung der Rundfunkgebührenzahler Verfassungsbeschwerde eingereicht, kleine und mittelständische Betriebe protestieren. Zu Recht, wie ich finde.

PC-Gebühr ist ungerecht

Die Einführung der PC-Gebühr zum jetzigen Zeitpunkt ist verfrüht und ungerecht. Verfrüht, weil ARD und ZDF im Internet derzeit nur einen Bruchteil dessen anbieten, was über den Fernseher empfangen werden kann. Außerdem ist bei weitem nicht jeder Internetanschluss in der Lage, schnelle Fernsehbilder zu übermitteln.

Ungerecht ist die PC-Gebühr, weil vor allem Selbständige und kleine Hand-

werksbetriebe von der neuen PC-Gebühr betroffen wären. Sie nutzen ihren PC aber für ihre Arbeit - und nicht, um Radio zu hören oder fernzusehen. Weil die neue Gebühr nur einmal pro Niederlassung erhoben wird, belastet sie vor allem kleine Betriebe.

Auch wenn sich die Ministerpräsidenten im letzten Moment dazu entscheiden sollten, die PC-Gebühr noch einmal zu verschieben - das Problem ist damit nicht gelöst. Spätestens in zwei Jahren wird die ganze Diskussion aufgrund des technischen Wandels von vorne beginnen. Handys und andere Geräte werden dann längst standardmäßig rundfunktauglich sein.

Grüne wollen Gerätegebühr abschaffen

Der Ansatz einer Gerätegebühr ist deshalb veraltet. Wir Grünen fordern stattdessen eine Mediengebühr pro Haushalt und Betrieb. Wir haben dabei ein Modell vor Augen, das einen einheitlichen Betrag für alle Haushalte und eine gerechte und transparente Lösung für Betriebe vorsieht. Die Vorteile liegen klar auf der Hand: Die Fahndung der GEZ wird praktisch überflüssig, weil einzelne Geräte nicht mehr gezählt und berechnet werden müssen. Befreiungen sind weiterhin möglich. Immer neue Debatten um die Aufnahme neuer Geräte sind dann beendet. Vorbei ist die Unsicherheit bei der Erfassung von Zweitgeräten im Gartenhäuschen oder Auto. Diese Vereinfachung wird den Verwaltungsaufwand verringern und damit Kosten sparen.

Wir Grünen zeigen mit der Mediengebühr eine überzeugende Alternative zur bisherigen GEZ-Gebühr auf und werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass unser Konzept umgesetzt wird. ●

▶ Neue Mitglieder nach Berlin!

*Neu dabei bei Bündnis 90/Die Grünen?
Interesse an der Bundespolitik?*

*Dann möchte ich Dich einladen,
an einer dreitägigen politischen
Bildungsreise teilzunehmen*

Termin: Frühjahr 2007

Weitere Informationen in meinem
Wahlkreisbüro!

Empfänger von Agrarmitteln offen legen

rs Mit dem peinlichen Gezerre um die von der EU geforderte Offenlegung der Empfänger will die Bundesregierung anscheinend verschleiern, dass der Großteil der Mittel an die großen Betriebe und die Nahrungsmittelkonzerne geht. Wir werden weiter für Transparenz kämpfen. ●

Ländliche Räume entwickeln

rs Dank der Verhandlungsstrategie von Angela Merkel werden die EU-Gelder für die Entwicklung der ländlichen Räume ab 2007 drastisch gekürzt. Das bedeutet: 400 Millionen Euro jährlich weniger für artgerechte Tierhaltung, regionale Marktentwicklung, Ökolandbau und Energie aus Biomasse. Zu befürchten ist, dass auch die Bundesländer ihre Ko-finanzierungsmittel absenken werden.

Wir fordern, dass der Bund die fehlenden EU-Mittel kurzfristig ausgleicht, in dem er die Möglichkeiten zur Umschichtung innerhalb der Agrarmittel nutzt. ●

Wahlkreisbüro Steenblock
Barbara Laubheimer
Thorsten Berndt
Damm 48, 25421 Pinneberg
Telefon 04101 553987
Telefax 04101 553986
rainder.steenblock@wk.bundestag.de

Berliner Büro
Irene Hahn
Silvia Uplegger
Elvira Schmiel
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-72056
Telefax 030 227-76056
rainder.steenblock@bundestag.de

▶ www.rainder-steenblock.de

Wahlkreisbüro Bettin
Claudia Prehn
Florian Bernstorff
Im Brauereiviertel 5, 24118 Kiel
Telefon 0431 5578262
Telefax 0431 5578224
grietje.bettin@wk.bundestag.de

Berliner Büro
Konstanze Ullrich
Nina Morschhäuser
Stephan Kolbe
Kim Mercedes Osterwald
Unter den Linden 50, 10117 Berlin
Telefon 030 227-75052
Telefax 030 227-76051
grietje.bettin@bundestag.de

▶ www.g-bettin.de

Neu im Büro Steenblock:



Elvira Schmiel

Seit dem 1. August 2006 im Bundestagsbüro zuständig für die Büroorganisation und Terminkoordination.

Kultur in Schleswig-Holstein - ein weites grünes Feld!

gb In Schleswig-Holstein gibt es herausragende, teils weltweit bekannte Institutionen kulturellen Lebens. Dazu gehören z. B. das Schloss Gottorf, die Jazz Baltica, das Nolde-Museum, das Weltkulturerbe Lübeck oder das Schleswig-Holstein-Musik-Festival.

Was aber gibt's noch, im „Schatten“ dieser Kulturriesen? Wie steht es mit den Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende? Wie geht der Städtewandel mit Blick auf den Denkmalschutz vonstatten? Wie nehmen jungen Menschen am kulturellen Leben teil, gerade auch Benachteiligte?

Diesen und weiteren Fragen aus den Bereichen „Medienkultur“, „Architektur und Städtebau“ sowie „Soziokultur“ will ich in den nächsten Monaten intensiv nachgehen. Die ersten Gespräche zu Architektur und Stadtentwicklung finden im Oktober in Flensburg, Schleswig und Rendsburg statt.

Termine der Kulturkampagne sind auf meiner Homepage www.g-bettin.de zu erfahren. ●

Börsengang der Bahn

rs Über den Börsengang der Deutschen Bahn AG wird nach der Sommerpause entschieden. Somit stand er auch im Mittelpunkt der grünen Bahnkonferenz im Juli, wo das grüne „Wachstum-Schiene-Modell“ vorgestellt wurde: die gesamte Infrastruktur, die alle Eisenbahn-

unternehmen nutzen, soll in einer Deutschen Schieneninfrastrukturgesellschaft zusammengefasst werden, die unternehmerisch geführt wird. Dieses Unternehmen würde zu 100 Prozent im Bundesbesitz bleiben, wogegen die Transportgesellschaften schrittweise privatisiert werden könnten, da der Betrieb von Eisenbahnen keine staatliche Aufgabe darstellt. Am wichtigsten muss dabei der Fahrgast bleiben. So fand am 29.8. als Auftakt vor der Fraktionsklausur in Rostock auch eine weitere Veranstaltung unter dem Motto „Wem soll die Bahn gehören?“ statt. ●

